

Grundsatzprogramm der GRÜNEN JUGEND Bremen

Präambel

Die GRÜNE JUGEND Bremen ist Teilorganisation von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* und basiert auf denselben Grundsäulen (basisdemokratisch, ökologisch, gewaltfrei und sozial). Indem wir die Kernfragen der Politik aus jugendlicher Sicht erfassen und Lösungsvorschläge entwickeln, sind wir wichtige Impulsgeber für unsere Mutterpartei. Wir gestalten unser Umfeld und tragen dazu bei, dass die Politikverdrossenheit durch Verantwortungsbewusstsein, Kreativität und Schaffung eines lebenswerteren Umfeldes ersetzt wird. Zudem sind wir Teil des Bundesverbands der GRÜNEN JUGEND und der Federation of Young European Greens (FYEG) und arbeiten mit anderen, uns in den Grundgedanken nahestehenden Organisationen zusammen.

Ökologie

Der menschengemachte Klimawandel wird verheerende Folgen haben, wenn keine Gegenmaßnahmen zur Reduzierung von CO₂ ergriffen werden. Für die Industrie sollte ein sinnvoller Emissionshandel eingeführt werden, niemand hat das Recht die Luft zu verpesten und Gewinne zu Lasten der Umwelt zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass verstärkt der ÖPNV und der Radverkehr genutzt werden.

Eine Belastung für Mensch, Tier und Umwelt ist auch der Lärm, der in Bremen unter anderem durch den zentralen Flughafen verursacht wird. Wirtschaftsinteressen dürfen unsere Lebensgrundlage nicht zerstören.

Tiere können sich nicht selbst wehren, wir müssen auch an sie denken. Wir sind gegen Tierversuche und gegen Ausbeutung der Tiere in der Landwirtschaft.

Unnötige und starke Einschnitte in die Ökosysteme (wie bspw. die Weservertiefung) lehnt die Grüne Jugend ab, in unumgänglichen Fällen setzen wir uns für starke Ausgleichsmaßnahmen ein.

Atomkraft lehnen wir ab. Diese Form von Energieerzeugung ist ein unverantwortliches Risiko für uns, unsere Umwelt, aber vor allem ein nicht absehbare Gefahr für unsere nachfolgenden Generationen. Vielmehr wollen wir eine Förderung der erneuerbaren Energien. Brot gehört in den Magen und nicht in den Tank, daher lehnen wir First Generation Agrofuels ab. Sonne, Wind, Wasser und Kraft-Wärme-Kopplung sind für uns die Zukunft, weg von Kohle und anderen fossilen Brennstoffen. Unserer Meinung nach ist dort noch ein riesiges Potenzial, das noch nicht ausgeschöpft ist. Weiter wollen wir, dass alte Häuser saniert werden, um sie energieeffizient zu machen.

Des Weiteren halten wir es für falsch, Müllverbrennungsanlagen in Wohngebieten zu errichten, wie es derzeit in Bremen der Fall ist. Dies schadet nicht nur dem Standort selbst, sondern gefährdet die BewohnerInnen, wie auch das Tierreich.

Gentechnik lehnen wir ab, denn sie ist eine weitere Risikotechnologie, die Gefahren für Gesundheit und Umwelt bringt. Fremde Gene in Lebensmitteln können neue Giftstoffe und Allergien verursachen.

Bildung

Wir wollen eine Bildung, die allen zur Verfügung steht, und keine teuren Kaderschmieden, die eine Elite bilden, und begabte, aber schlechter gestellte Menschen benachteiligen. Darum lehnen wir allgemeine Studiengebühren genau so entschieden ab wie Eliteuniversitäten, Privatschulen und ein undurchlässiges dreigliedriges Schulsystem. Dem liegt die tiefe Überzeugung zu Grunde, dass niemand wegen Herkunft, Geschlecht,

persönlichen Lebensumständen, Überzeugungen oder finanziellen Verhältnissen diskriminiert werden darf.

Kinder und Jugendliche sollen entsprechend ihrer schulischen Leistungen gefördert werden. Hierzu ist es unumgänglich, dass jederzeit genügend Lehrkräfte ausgebildet und eingestellt werden, damit es nicht zu Fehlstunden kommt. Außerdem halten wir ein Lernen in kleineren Klassenverbänden oder Fach- bzw. Leistungskursen für sinnvoller als einen Bildungsbetrieb in Großverbänden mit weit über 20 SchülerInnen und wir fordern die völlige Abschaffung der so genannten „Kopfnoten“.

Wir glauben an das Setzen individueller Schwerpunkte im Bildungsverlauf. Auch die Gestaltung der Bildungsdauer sollte unserer Überzeugung nach individuell angepasst werden können. Ebenso könnte die Möglichkeit eines vereinfachten Wiedereinstiegs in das reguläre Bildungswesen nach dem Aufnehmen einer Berufstätigkeit helfen, die vorhandenen Ressourcen unserer Gesellschaft besser zu nutzen.

Als GRÜNE JUGEND akzeptieren wir nicht, dass der Bildungsverlauf vermehrt reglementiert und von Politik und Verwaltung in feste Grenzen gezwungen wird. Stattdessen vertrauen wir auf die Mündigkeit von Eltern, SchülerInnen und StudentInnen, ihren eigenen individuellen Bildungsweg selbst auszugestalten. Daher sind wir auch der Überzeugung, dass die SchülerInnenmitbestimmung und -gestaltung weiter voran getrieben werden muss. Nicht zuletzt um demokratische Grundüberzeugungen bei der Jugend zu festigen und diese nicht mit einem Gefühl der Machtlosigkeit zurückzulassen, denn dieses führt unweigerlich zu Politikverdrossenheit und Resignation.

Ebenso gilt, dass der Individualisierungs- und Mitbestimmungsgedanke in die Hochschulen getragen werden soll. Hierzu ist eine intensive Förderung und Unterstützung studentischer Gremien und Initiativen, die Hochschulpolitik mitgestalten, ebenso notwendig wie die Umgestaltung der Lehre zu mehr Wahlfreiheit. Der Bolognaprozess muss nicht gleichzeitig Verschulung und Reglementierung des Studiums bedeuten.

Eine Kommerzialisierung von Lehre und Wissenschaft ist zu verhindern. Wir lehnen daher Bildungsprivatisierung ab und warnen vor Sponsoring in Schulen und Hochschulen. Es muss weiterhin möglich sein, Ursachen schlechter Bildungsqualität zu bekämpfen. Daher fordern wir dass LehrerInnen und DozentInnen nicht verbeamtet werden und ein sinnvolles Qualitätsmanagement im Bildungswesen stattfindet. Hierzu gehört auch die Bewertung der Lehrenden durch StudentInnen und SchülerInnen.

Soziales

Die sozialen Problemfelder in Bremen sind vielfältig und teilweise prekär. Wir fordern daher für Bremen, dass bestehende Mittel zur Analyse von Problemfeldern ebenso genutzt und ausgebaut werden wie tatsächliche Hilfeangebote, soziale Projekte und Initiativen. Die Wichtigkeit von Integrationsförderung und Chancengleichheit für Bildung sowie im Alltag muss wieder deutlich gemacht werden. Die Dezentralisierung von sogenannten „sozialen Brennpunkten“ durch Umstrukturierung von Wohngebieten und Einführung von mehr multikulturell förderlichen Zentren muss vollzogen werden, um die Ballung von Armut und daraus häufig resultierender Bildungsbenachteiligung sowie Kriminalität zu verhindern.

Generell ist soziale Benachteiligung und Armut nicht nur in materieller Dimension zu betrachten. Es gilt daher neben finanziellen Hilfsangeboten auch solche Maßnahmen zu fördern, die eine Teilnahme am öffentlichen Leben und eine dauerhafte Integration in die Gesellschaft zum Ziel haben.

Als GRÜNE JUGEND sehen wir uns hierbei besonders den Belangen junger Menschen verpflichtet. So ist es nicht hinnehmbar, wenn etwa Kinder alleinerziehender Eltern, MigrantInnen, oder bildungsferner Schichten an den Rand der Gesellschaft gedrängt und ausgeschlossen werden. Das Schaffen von Chancengleichheit bleibt unsere oberste Prämisse im Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Zur Erlangung dieses Ziels ist nicht nur

das Stützen sozial schwächerer Schichten notwendig, sondern auch das Stärken der sogenannten Mittelschicht.

Wirtschaft

Die GRÜNE JUGEND möchte eine Wirtschaftsförderung, die auch das Bildungssystem und das städtische, kulturelle und soziale Umfeld umfasst. Es müssen Talente durch eine sehr gute Schulausbildung gefördert werden und dies nicht nur im akademischen, sondern auch im handwerklichen Bereich. Zudem muss Bremen als aufblühender Wissenschaftsstandort mit den neuesten Technologien neue Unternehmen in die Hansestadt locken. Zugleich soll der Erfindergeist gestärkt werden.

Toleranz ist für eine weltoffene Stadt wie Bremen ein besonders wichtiges Merkmal und dabei muss dafür gesorgt werden, dass gerade Minderheiten eine Anbindung zum Markt bekommen. Aus diesem Grund muss eine intensive Betreuung von BürgerInnen mit Migrationshintergrund, die sich selbstständig machen wollen, erfolgen. Das ist insbesondere aufgrund des komplizierten deutschen Rechtssystems unbedingt notwendig. Ebenso ist es in unseren Augen sinnvoll, Internationale Abschlüsse anzuerkennen, so bald diese in einem unbürokratischen Verfahren geprüft wurden.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien bei Kaufentscheidungen besser im Bewusstsein der Menschen verankert werden. Daher fordern wir eine breitere Unterstützung der Unternehmen, die im Interesse der Umwelt in eine ressourcenschonende Produktion ihrer Güter und Dienstleistungen investieren. In diesem Zusammenhang muss man vor allem die Häfen beachten. Zwar spielen sie für die Wirtschaft Bremens und Bremerhavens eine immense Rolle und schaffen viele Arbeitsplätze. Nichtsdestotrotz darf dieses nicht zu Lasten der Umwelt geschehen.

Gleichstellung

Wir treten ein für Gender-Mainstreaming. Wir wollen keinen Geschlechterkampf, sondern Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Dazu gehört, Frauen gezielt zu fördern, da sie bis jetzt bei gleicher Qualifikation schlechter bezahlt werden und immer noch zu wenige eine Führungsposition besetzen. Auch intern setzen wir bei Landesvorstandswahlen auf eine 50%-Frauenquote. Dazu gehört aber auch, dass es selbstverständlich sein sollte, dass Männer in bisher hauptsächlich von Frauen ausgeübten Berufen, wie z.B. als Kindergärtner oder Grundschullehrer, eingesetzt werden können und umgekehrt.

Gesundheit

Wir sprechen uns für den einfachen und umfassenden Zugang zu Gesundheitsleistungen aus, denn Gesundheit muss für alle Menschen bezahlbar sein und darf keine Qualitätsunterschiede in der Versorgung haben – weder im stationären, noch im ambulanten Sektor.

Wir befürworten das Methadon-Substitutionsprogramm für Schwerst-Drogenabhängige und setzen uns hinterfragend und nachdenkend mit der Frage der Legalisierung von „weichen“ Drogen wie beispielsweise Cannabis auseinander. Wir setzen uns für einen umfassenden NichtraucherInnenschutz ein.

Datenschutz

Datenschutz ist Grundrecht! Gerade in der heutigen Zeit werden immer mehr Daten von uns gesammelt und können binnen Sekunden miteinander verbunden werden.

Es muss über die Datensammlung von Organisationen wie Studivz, Payback und auch Google informiert werden. Die Bevölkerung muss sensibilisiert werden, denn noch wissen viel zu wenige, wo ihre persönlichen Daten überall gespeichert sind.

Wir sprechen uns gegen Videoüberwachung durch Privatunternehmen und jegliche Speicherung von persönlichen Daten aus, solange nicht eindeutig eingewilligt wurde. Videoüberwachung durch den Staat muss vorher genau geprüft werden, denn oft schafft die Überwachung an Problemzonen (Bahnhofsvorplatz in Bremen) nur eine Verschiebung, jedoch keine Lösung des Problems. Eine Entwicklung zu einem Überwachungsstaat muss verhindert werden.

Internationales

Entwicklungshilfe soll humane Lebensstandards, ein funktionierendes Ökosystem, das friedliche Zusammenleben und die kulturelle Identität der Betroffenen gewährleisten und nachhaltig schützen. Als grüne Jugendorganisation engagieren wir uns für Projekte, die diese Bedingungen erfüllen.

Außenpolitik ist in unseren Augen Friedenspolitik. Wir fordern zivile Konfliktprävention, wie Entwicklungshilfe statt Kriegseinsätze. Aufrüstung fördert Krieg und Gewalt statt Frieden und Sicherheit. Wir sprechen uns für einen friedvollen Dialog zwischen Kulturen und Religionen aus, der die globale Solidarität fördern kann.

Wir erachten die Menschenrechte als universell – sie sind somit nicht relativierbar. Bei einem Bruch der Menschenrechte, mit denen alle Individuen qua Natur ausgestattet sind, halten wir eine öffentliche Auseinandersetzung und den Protest für notwendig. .

Wir befürworten grundsätzlich die europäische Integration, sprechen uns aber für eine Demokratisierung der Europäischen Union aus und fordern die Besinnung auf soziale, solidarische und ökologische Grundsätze.

Gewaltfreiheit

Uns ist es wichtig, unsere Ziele auf demokratischem und friedlichem Weg durchzusetzen. Gewalt ist keine Lösung, sondern ein Ausdruck fehlenden Argumentationsvermögens. Wir erzielen öffentlichen Druck durch Demos, Kundgebungen, Pressemitteilungen, Podiumsdiskussionen, Aktionen, Videobotschaften, Flash Mobs, Streiks usw. Zudem befürworten wir Projekte gegen Rassismus, gegen religiösen Fundamentalismus und gegen Diskriminierung von Homosexuellen.

Wir kämpfen Seite an Seite mit all denen, die sich wie wir für eine gewaltfreie Hansestadt Bremen einsetzen und bemühen uns auch über die Landesgrenze hinaus, uns für eine friedliche Welt einzusetzen die unseren Idealen entspricht. Es gibt leider immer noch ein vielfältiges Gewaltpotential, ob es der Schwarze Block ist, der Steine wirft, oder die Polizei, die sich bei Demonstrationen provokativ verhält. Ob Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung, Fundamentalismus, Misshandlung von Mensch und Tier, Missbrauch, Verletzung der Menschenrechte, Mobbing oder Krieg: All dem stehen wir standhaft und mit demokratischen Mitteln gegenüber.

Basisdemokratie

Wir setzen uns für mehr Basisdemokratie im Land Bremen ein. Daher fordern wir mehr Bürgerbeteiligung und Partizipationsmöglichkeiten wie z.B. Volksabstimmungen. Weiter wünschen wir uns eine stärkere Umsetzung von e-Demokratie. Wir als GRÜNE JUGEND Bremen haben in allen Gremien die Basisdemokratie verinnerlicht, so sind alle Gremien mitgliederöffentlich und gegendert.

Wir hoffen, wir konnten euch unsere Leitziele nahe bringen und wenn ihr diese teilt und uns unterstützen wollt, freuen wir uns euch bei unseren Treffen begrüßen zu dürfen.

Treffen ist dienstags, 20 Uhr im Grünen Büro (Schlachte 19-20).